

Kritik an Verkehrspolitik der Nachbarn

Schorndorf Der Technische Ausschuss billigt mit wenigen Gegenstimmen eine Ortsumfahrung des Teilortes Miedelsbach. Etliche Stadträte und auch die Rathauspitze werfen Rudersberg eigensinnige Konzepte vor. *Von Oliver Hillinger*

Im Wieslauftal verschärft sich der Ton in der Debatte über die Entlastung der stark durchfahrenen Ortschaften. Der Technische Ausschuss des Schorndorfer Gemeinderates hat jetzt mit wenigen Gegenstimmen aus den Reihen der Grünen dem Gemeinderat die Zustimmung zu einer Umfahrung von Miedelsbach empfohlen. In der Stellungnahme wird die „hohe Entlastungswirkung“ einer Umfahrung des Teilortes betont. Zudem begrüßt man die hohe Priorisierung seitens des Verkehrsministeriums. Ein Planfeststellungsverfahren wird beantragt.

Die Stadträte äußerten zugleich Kritik an der Gemeinde Rudersberg, die mit dem Umbau einer Ortsdurchfahrt begonnen hat und die Schorndorfer Pläne kritisch begleitet. Rudersberg würde durch Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete immer mehr Verkehr verursachen, „der dann an den Miedelsbacher Haustüren vorbeifährt“, so der CDU-Fraktionschef Hermann Beutel. Der SPD-Stadtrat Hans-Ulrich Schmid nannte es „weiße Salbe“, zu meinen, mit Temporeduzierungen und dem Umbau der Ortsdurchfahrten eine Entlastung erreichen zu können. Und der Schorndorfer OB Matthias Klopfer (SPD) erklärte, er glaube nicht daran, dass wegen des demografischen Wandels die Verkehrsbelastung in der Region Stuttgart nachlassen werde. „Wenn Rudersberg weniger Verkehr will, muss es einen Schrumpfungsprozess organisieren“, spitzte Klopfer zu.

Klopfers Amtskollege Martin Kaufmann (SPD) wies gestern die Vorwürfe aus der Nachbarstadt zurück. In einem Schreiben, das er aus dem Stuttgarter Verkehrsministerium erhalten hat, heißt es, dass man dort keinesfalls die Anstrengungen der Gemeinde zur Verbesserung der Ortsdurchfahrt beeinträchtigen wolle und die Umgestaltung der Orte nach wie vor unterstütze. Kaufmann erklärte, Tempo 30 diene der Verkehrssicherheit, ein solches Limit sei zudem auch in Miedelsbach kürzlich eingeführt worden. Hinsichtlich der Wohn- und Gewerbegebiete halte man sich an die Vorgaben des Regionalplans und habe in den vergangenen Jahre „keine weiteren Gebiete ausgewiesen“.

Bezüglich der Äußerungen seines Amts- und Parteikollegen Matthias Klopfer sagte Kaufmann, er sei zwar für eine Entlastung von Miedelsbach. Es werde aber dem Rudersberger Gemeinderat „bei solchen Tönen sicherlich schwerfallen, ein Stück Rudersberger Gemarkung zum Bau der Umfahrung zur Verfügung zu stellen“. Die von Schorndorf bevorzugte Variante sieht genau dies vor, weil die Gemarkungsgrenze kaum eine andere Planung zulässt.

Zu Kompromissen bereit ist die Stadt Schorndorf bisher nur bei der Breite der Straße. Der Freie-Wähler-Stadtrat Konrad Hofer nannte es indes „taktisch unklug“, eine Breite von 6,50 Meter konkret anzubieten. Auf seinen Vorschlag hin wird in der Stellungnahme der Stadt an das Verkehrs-



Die vom Verkehr stark belastete Ortsdurchfahrt von Miedelsbach Foto: Gottfried Stoppel

ministerium nun nur noch von „einer Reduzierung des Querschnitts“ die Rede sein.

Kritik am Straßenausbau äußerte der Grüne Clemens Schlink, der von einer „Verschandelung des Wieslauftals“ durch die geplante Straße sprach. Sein Fraktionskollege Wilhelm Pesch mahnte an, man hätte bei der Priorisierung der Miedelsbacher Ortsumfahrung auch die Wirkungen auf die Nachbarkommunen bedenken sollen.

Kommentar

Rüde Angriffe

Wieslauftal In der Straßendebatte sinkt das Niveau. *Von Oliver Hillinger*

gut fünf Jahre lang hat es im Wieslauftal nur unter der Oberfläche gebrodelt, jetzt ist die Debatte um die Entlastung der Ortsdurchfahrten neu entbrannt. Die zwei Nachbarkommunen Schorndorf und Rudersberg haben völlig entgegengesetzte Vorstellungen, wie sie der Blechlawine durch ihre Orte Herr werden wollen. Der Ton in der Debatte ist alles andere als harmonisch. Mit teilweise rüden Angriffen auf die Nachbarkommune Rudersberg haben einige Schorndorfer Ratsmitglieder ihrer Verwaltung offensichtlich den Rücken stärken wollen. Doch Vorwürfe wie „Kirchturmspolitik“, „Sankt-Florians-Prinzip“ und „Querschüsse“ können schnell zum Bumerang werden, wenn man selbst die Ebene der argumentativen Debatte verlässt. Wenn die Diskussion noch einige Zeit so weiterläuft, wird das grün geführte Stuttgarter Verkehrsministerium nicht mehr beiden Kommunen ihre jeweils favorisierten Straßenlösungen in Aussicht stellen können. Gefragt sind dann Entscheidungen, die auch Bestand haben.